



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



09.07.2015

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Griechenland: Eurozone ist nicht erpressbar

Wieder eine Woche im Zeichen der griechischen Krise – und wieder hat die Regierung keine glaubwürdigen Vorschläge zur Lösung der Krise im eigenen Land auf den Tisch gelegt. Wertvolle Zeit wird vertan. Die Banken sind weiter zu, die Menschen werden von ihrer eigenen Regierung in Griechenland in den Abgrund gestürzt. Nur nach wirklichen Reformvorschlägen der griechischen Seite, die eine Wende zum Besseren mit sich bringen, können die europäischen Partner dem Land noch einmal helfen. "Keine Leistung ohne Gegenleistung" – das ist die Linie. Und da nützt auch eine Volksabstimmung nichts, die Gegenleistungen ablehnt und die europäischen Partner auffordert, Geld einfach ohne solche Gegenleistungen zu geben. Am Sonntag soll ein Gipfel der 28 Mitgliedstaaten zusammentreten und die zum x-ten Mal angekündigten Reformvor-

schläge der griechischen Seite bewerten. Ich sehe in dem "Tanz am Abgrund" das klare Signal der griechischen Regierung für einen Euro-Austritt des Landes. Reformauflagen waren stets die Bedingung für europäische Solidarität. Griechenland wird keineswegs "kaputt gespart", wie gerne behauptet: Ob bei Landwirtschaftshilfen oder dem Aufbau von Infrastruktur – jedes Jahr fließen rund 6 Mrd. Euro nach Athen. Zuletzt hatte die linke Regierung unter Ministerpräsident Tsipras sogar das Angebot der EU-Kommission abgelehnt, in den nächsten Jahren 35 Mrd. Euro für Wachstumsinvestitionen in Griechenland zur Verfügung zu stellen. Auch bei seiner Ansprache im Europaparlament am Mittwoch hat der griechische Ministerpräsident keine Vorschläge zu Strukturreformen gemacht. Seine einzige, konkrete Forderung war, dass die Gläubiger auf die geliehenen Gelder verzichten sollen. Ein Schuldenschnitt solle gemacht werden. Dazu müssen Sie wissen: Griechenland bekam bereits 2012 ein

Schuldenmoratorium und muss bis 2023 an die europäischen Gläubiger keine Rückzahlungen leisten. Es bekam auch niedrige Zinsen – eben damit das Land von der Schuldenlast nicht erdrückt wird. Die Steuerzahler der Eurozoneländer – auch diejenigen aus deutlich ärmeren Staaten wie der Slowakei oder Lettland – haben Griechenland geholfen. Unfassbar sehen wir, dass die Regierung sich weiter jeglichen Reformen verweigert – und auf Zahlungen ohne hinlängliche Gegenleistungen besteht. Das wird nicht gehen!

Für den Erhalt der Panoramafreiheit

Im Urlaub mal schnell ein Erinnerungsfoto vor berühmter Gebäudekulisse schießen, ohne erst lange zu überlegen, ob dadurch das Urheberrecht des Architekten verletzt wird? Das wird auch in Zukunft problemlos möglich sein, denn das Europaparlament hat in dieser Woche eine missverständliche Passage aus seinem neuen Urheberrechtsbericht gestrichen, aus der eine Einschränkung dieser "Panoramafreiheit" hätte

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



09.07.2015

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

hervorgehen können. Damit haben wir den EU-Bürgern eine große Versunsicherung genommen, obwohl der Bericht ohnehin keine gesetzgeberische Kraft besitzt.

Rechte von Urhebern, Künstlern, Autoren und Verwertern sollten auch im digitalen Zeitalter geschützt werden, aber nicht auf Kosten der Bürger, die sich in unserem gemeinsamen Europa frei bewegen möchten.

TTIP: Endlich Einigkeit im Europaparlament

Im vergangenen Monat hatte die sozialdemokratische Fraktion es nicht geschafft, in den eigenen Reihen eine Mehrheit für einen Entschließungsantrag des Europaparlaments zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP zu organisieren. Jetzt erst haben sie ein Bekenntnis zu den Positionen dargelegt, welche wir von der EVP von Beginn an vertreten haben: Eine grundlegende Reform der Investor-Staat-Streitschlichtung, welche die Auswahl von unabhängigen und zuverlässigen Schlichtern garantiert sowie transpa-

rente Verfahren und einen Berufungsmechanismus vorsieht. Mit dieser Klarstellung konnte das Europaparlament endlich seine Verhandlungsempfehlungen an die EU-Kommission verabschieden und dafür sorgen, dass die Forderungen der EU-Wähler bei den Verhandlungsführern gehört werden. Mit 436 zu 241 Stimmen sprachen sich die Abgeordneten u.a. für die Beibehaltung bestehender europäischer Standards in Umweltschutz, Verbraucherrecht und Arbeitsschutz aus und bekräftigten ihren Willen, die Kommission bei einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu unterstützen.

Allen linken Unkenrufen zum Trotz geht die EU somit gestärkt in die 10. Verhandlungsrunde Mitte Juli in Brüssel, zum Vorteil der Bürger und der Unternehmen in Europa und in den USA.

EU-Universalticket im Verkehr geplant

Das Europaparlament spricht sich für die Einführung eines integrierten länderübergreifenden Informations- und Ticketsys-

tems aus, das es den Europäern ermöglichen soll, in Zukunft ohne Hindernis mit einem einzigen Ticket über Grenzen hinweg und mit verschiedenen Verkehrsmitteln Reisen zu planen und durchzuführen.

Nun ist die Kommission am Zug, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen und die Mobilität der EU-Bürger voranzubringen.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Nach drei Monaten spannender Einblicke in die Arbeit meines Abgeordnetenbüros hat uns Mirjam Binkowski aus Heidenheim Ende Juni schon verlassen, zurück zum Studium. Danke fürs Mit-tun und viel Erfolg für ihre anstehende Bachelorarbeit!

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

Der CDU Ortsverband Schreizeim und gleich 89 Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer des Kopernikus-Gymnasiums Wasserafingen waren diese Woche in Straßburg im Europäischen Parlament.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle